

Internationale Devisengeschäfte

Merkel will Tobin-Steuer

VON MARKUS SIEVERS



Händlerin (Bild: afp)

Berlin. Der nächste Regierungschef in Deutschland wird sich für eine Steuer auf Finanzmarktgeschäfte in den 20 führenden Wirtschaftsnationen (G 20) einsetzen. Sowohl Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) als auch ihr SPD-Herausforderer Frank-Walter Steinmeier sprachen sich dafür aus, mit einer solchen Abgabe die Verursacher der Finanzmarktkrise an den Lasten zu beteiligen. Merkel sei "offen" für einen solchen Ansatz, wenn er sich international durchsetzen lasse, stellte Regierungssprecher Ulrich Wilhelm klar. Zuvor hatte Steinmeier gemeinsam mit Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) erstmals eine "weltweite Finanztransaktionssteuer" vorgeschlagen.

Damit vollziehen beide Volksparteien eine spektakuläre Wende. Vor allem die Union, aber auch führende Sozialdemokraten wie Finanzminister Steinbrück hatten bislang Forderungen nach einer internationalen Spekulationssteuer, wie sie etwa vom globalisierungskritischen Netzwerk Attac oder der Linkspartei erhoben werden, als unrealistisch verspottet. Jetzt treten Steinmeier und Steinbrück dafür ein, eine solche Steuer breit anzusetzen, um neben den Devisengeschäften viele andere Transaktionen wie den Handel mit Aktien, Anleihen und Derivaten zu erfassen. Der Steuersatz solle "möglichst niedrig zwischen 0,01 Prozent und 0,05 Prozent" liegen. Damit ergäben sich nach Berechnungen des österreichischen Instituts Wifo weltweite Einnahmen von ein Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Für Deutschland erwarten Steinmeier und Steinbrück ein Aufkommen zwischen zehn und 20 Milliarden Euro pro Jahr.

Beide betonen, ihr Vorschlag unterscheide sich durch den breiten Ansatz von der Tobin-Steuer, die nur auf den Devisenhandel ziele und nicht auf die Finanzmärkte insgesamt. Allerdings hat sich die Idee längst von der ursprünglichen Fassung der 70er Jahre weiterentwickelt. Die meisten Anhänger etwa bei Attac sehen die Tobin-Tax ähnlich wie Steinmeier und Steinbrück als Synonym für eine allgemeine Spekulationssteuer.

Zum Erstaunen der SPD macht Merkel auch in diesem Punkt den Linksschwenk mit. Während Steinmeier und Steinbrück der CDU-Chefin eine Blockade vorwerfen, erklärte ihr Sprecher die Bereitschaft der Kanzlerin, bei einem internationalen Einverständnis die Spekulationssteuer mitzutragen. Die Bundesregierung wird Wilhelm zufolge auf dem Weltfinanzgipfel in Pittsburgh am 24. und 25. September über diesen Vorschlag reden, allerdings zunächst nur in den informellen Gesprächen. Dort müsse man die Meinungen ausloten, meinte Wilhelm. Es sei noch zu früh, offiziell eine Initiative zu starten. Ein Alleingang komme nicht infrage.

Tobin-Steuer

Der US-Ökonom und Nobelpreisträger James Tobin schlug 1972 eine internationale Steuer auf Devisengeschäfte vor, um "Sand ins Getriebe" der Finanzmärkte zu streuen.

Seitdem steht die Tobin-Tax für viele Versuche, durch ein gemeinsames, internationales Vorgehen kurzfristige Spekulation einzudämmen. Als Haupthindernis gilt, dass die Tobin-Tax nur erfolgreich sein kann, wenn alle Staaten oder zumindest die wichtigsten mitmachen, also etwa die G 20. (msv)

[document info]
 Copyright © FR-online.de 2009
 Dokument erstellt am 11.09.2009 um 17:48:06 Uhr
 Letzte Änderung am 11.09.2009 um 18:39:24 Uhr
 Erscheinungsdatum 12.09.2009 | Ausgabe: d

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/spezial_banken/spezial_banken/?em_cnt=1940767&em_loc=3555